

Protokoll

des Einwohnerrats Zofingen

Amtsperiode 2022–2025

3. Sitzung 2025

Datum	Montag, 23. Juni 2025
Zeit	18.00 – 21.21 Uhr
Ort	Stadtsaal
Vorsitz Protokollführer	Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident Patrick Siegrist, Einwohnerratssekretär
Anwesend	37 Mitglieder des Einwohnerrats Affentranger Thomas (Grüne), Einwohnerrat ^{5, 6} Anderegg Simon (SP), Einwohnerrat Böni Rainer (FDP/ZM), Einwohnerrat Brünisholz Joël (Grüne), Einwohnerrat Burkard Karin (Grüne), Einwohnerrätin Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin ⁶ Gassner Rahel (SVP), Einwohnerrätin Graf Michèle (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin Grossenbacher Fabian (SVP), Einwohnerrat ³ Gygax Attila (glp), Einwohnerrat Hostettler Matthias (Grüne), Einwohnerrat ¹ Hottiger Tobias (FDP/ZM), Einwohnerrat Kast Jürg (Grüne), Einwohnerrat Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat Kirchhofer André (FDP/ZM), Einwohnerrat ⁵ Koechlin Ronni (FDP/ZM), Einwohnerrat Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin ⁶ Lehmann Yvonne (SP), Einwohnerrätin Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat ⁵ McNaught Salome (SP), Einwohnerrätin ^{3, 4} Müller Maik (FDP/ZM), Einwohnerrat ^{4, 6} Nadler Daniela (SVP), Einwohnerrätin ⁵ Negri Marco (SVP), Einwohnerrat ⁶ Plüss Andrea (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin Scheidegger Elisa (SP), Einwohnerrätin ⁴ Schifferle Zeno (EVP-Die Mitte), Einwohnerrat

Schindler René (SVP), Einwohnerrat
Schnider Christian (glp), Einwohnerrat
Schürch Claudia (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin^{5, 6}
Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin
Sjöberg Anders (glp), Einwohnerrat⁵
Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat⁵
Szedlák Stéphanie (EVP-Die Mitte)
Wacker Michael (SP), Einwohnerrat⁵
Wyss Flavio (FDP/ZM), Einwohnerrat²
Zinniker Béatrice (FDP/ZM), Einwohnerrätin⁵
Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

Entschuldigt

Gaberthüel Adrian (FDP/ZM), Einwohnerrat
Sommer Alice (Grüne), Einwohnerrätin
Willisegger Barbara (SVP), Einwohnerrätin

Legende

¹Präsident
²Vizepräsident
³Stimmzähler/in Einwohnerrat
⁴Stimmzähler/in Wahlbüro
⁵Mitglied FGPK
⁶Fraktionspräsident/in

Verteiler

Mitglieder des Einwohnerrats
Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 8. Juli 2025 auf www.zofingen.ch.

Traktanden	Seite
1. Mitteilungen	5
2. Wahlen	6
ER.2025.019 Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025 (§ 16 Abs. 3 GO)	
ER.2025.020 Ersatzwahl des Präsidiums der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (aus den gewählten Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission) für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025 (§ 16 Abs. 3 GO)	
3. Einbürgerungen ER.2025.012–ER.2025.014	8
4. ER. 2025.007 Jahresbericht 2024 und Jahresrechnung 2024 der Einwohnergemeinde Zofingen	9
5. ER.2025.015 Genereller Entwässerungsplan (GEP) 2025 – Verpflichtungskredit für Ertüchtigung Strassenentwässerung Brühlgässli/Brühlweg und Erstellung Versickerungsanlagen für einen Altstadtbrunnen	14
6. ER.2025.016 Passerelle Henzmannstrasse und Verbindung Brühlweg – Verpflichtungskredit	17
7. ER.2025.018 Fernwärme Altstadt – Verpflichtungskredit für Bauprojekt, Niklaus-Thut-Platz, Rathausgasse, Engelgasse	21
8. ER.2024.015 Postulat von Karin Burkard (Grüne) vom 18. März 2024 betreffend "Sichere Schulwege - Verkehr rund um die Altstadt und um die Schulanlagen"; Haltung Stadtrat	25
9. ER.2024.016 Postulat von Michael Wacker (SP) vom 18. März 2024 betreffend "Umgebungs-gestaltung des Oberstufenzentrums OSZ A"; Haltung Stadtrat	28
10. Umfrage	30

Platzhalterseite

Traktandum 1 – Mitteilungen

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident,
begrüssst die im Saal anwesenden Personen zur heutigen Sitzung.

Das Geschäft für einen Erweiterungsbau bei der Musikschule wurde auf Antrag des Stadtrats wieder abtraktandiert, nachdem die FGPK das Geschäft einstimmig zur Rückweisung empfohlen hatte.

Die nun vorliegende **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Für die heutige Sitzung haben sich Adrian Gaberthüel, Alice Sommer und Barbara Willisegger entschuldigt. Thomas Keller und Claudia Schürch treffen später ein.

Der Rat ist **aktuell mit 35 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Irene Rügger, Stimmzählerin des städtischen Wahlbüros, ist Mitte Mai im Amt verstorben. In der September-Sitzung findet die Ersatzwahl eines neuen Stimmzählers/einer neuen Stimmzählerin statt. Es wird eine Schweigeminute abgehalten.

Tischauflagen

- Wahlzettel Ersatzwahl Mitglied der FGPK
- Wahlzettel Ersatzwahl Präsidium FGPK
- Bankettkarten Kinderfest gemäss Umfrage

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 12. Mai 2025** ist noch ausstehend.

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation von Luc Zobrist (FDP) vom 20. Juni 2025 betreffend "Nutzung Abdankungshalle"
- Postulat von Rainer Böni (FDP) vom 23. Juni 2025 betreffend "Aufhebung des Fahrverbots und Wiedereinführung der Kurzzeitparkplätze beim Bahnhofplatz"

Traktandum 2 – Wahlen

ER.2025.019

Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025 (§ 16 Abs. 3 GO)

ER.2025.020

Ersatzwahl des Präsidiums der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (aus den gewählten Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission) für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025 (§ 16 Abs. 3 GO)

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident

André Kirchhofer (FDP), Präsident der FGPK, tritt mit heutigem Datum – aufgrund seiner Wahl in den Stadtrat für die Amtsperiode 2026–2029 – als Präsident und Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission zurück. Entsprechend sind für diese beiden Funktionen Ersatzwahlen durchzuführen.

Eintreten ist nicht bestritten.

Für das Wahlbüro schlägt das Büro des Einwohnerrats folgende Personen vor:

- Fabian Grossenbacher, Stimmzähler Einwohnerrat
- Salome McNaught, Stimmzählerin Einwohnerrat
- Esther Burkhard, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei
- Tom Eichenberger, Stadtweibel

Von Seiten Einwohnerrat gibt es keinen Einwand. Das Wahlbüro gilt somit als gewählt.

Der Verteilschlüssel wurde anfangs Amtsperiode festgelegt. Somit ist der Anspruch der FDP für die Ersatzwahl eines Mitglieds in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission gegeben.

Als **Mitglied in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission** wird **Rainer Böni** von der FDP/ZM-Fraktion vorgeschlagen.

Tobias Hottiger, Fraktionsvotum

Die Fraktion porträtiert Rainer Böni zur Wahl als Mitglied der FGPK. Obwohl erst kürzlich in den Einwohnerrat eingetreten, bringt er die erforderlichen Qualitäten für dieses Amt mit. Als Präsident der FDP-Bezirkspartei verfügt er über die Erfahrungen der politischen Abläufe und ist bereit, die entsprechenden Ressourcen für dieses Amt zur Verfügung zu stellen. Er scheut sich nicht, kritische Fragen zu stellen und Sachen zu hinterfragen. Das sind Voraussetzungen für ein Amt in der FGPK.

Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, wird der Wahlzettel für die Ersatzwahl eines Mitglieds in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission ausgefüllt und anschliessend eingezogen.

Hinweis zur Protokollführung

Während der Auszählung geht die Sitzung weiter. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll das Resultat gleich bei der Wahl.



Ergebnis der Ersatzwahl eines Mitglieds in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrats:	40	
Zahl der Anwesenden:	35	
Eingegangene Wahlzettel:	35	
Abzüglich leerer Wahlzettel:	0	
Abzüglich ungültiger Wahlzettel:	0	
In Betracht fallende Wahlzettel:	35	
Absolutes Mehr:	18	
Stimmen haben erhalten:		
Rainer Böni (FDP), neu:	32	Gewählt
Vereinzelte:	3	

Der Gewählte erklärt mündlich Annahme der Wahl.

Als **Präsident der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission** wird **Michael Wacker** von der SP-Fraktion vorgeschlagen.

Franziska Kremer, Fraktionsvotum

Die Fraktion schlägt Michael Wacker zur Wahl als Präsident der FGPK vor. Er ist kompetent, erfahren und seit 2006 Mitglied dieser Kommission. Bis Ende Jahr stellt er sich für dieses Amt übergangs-mässig zur Verfügung.

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, wird der Wahlzettel für die Ersatzwahl des Präsidiums der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission ausgefüllt und anschliessend eingezogen.

Hinweis zur Protokollführung

Während der Auszählung geht die Sitzung weiter. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll das Resultat gleich bei der Wahl.

Ergebnis der Ersatzwahl des Präsidiums der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrats:	40	
Zahl der Anwesenden:	35	
Eingegangene Wahlzettel:	35	
Abzüglich leerer Wahlzettel:	1	
Abzüglich ungültiger Wahlzettel:	0	
In Betracht fallende Wahlzettel:	34	
Absolutes Mehr:	18	
Stimmen haben erhalten:		
Michael Wacker (SP), neu:	32	Gewählt
Vereinzelte:	2	

Der Gewählte erklärt mündlich Annahme der Wahl.



Traktandum 3 – Einbürgerungen

ER.2025.012–ER.2025.014

Eintreten ist nicht bestritten.

Raphael Lerch, Referent FGPK

Die Einbürgerungskommission hat alle Gesuche geprüft und für in Ordnung befunden. Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat, allen Kandidierenden das Gemeindebürgerrecht von Zofingen zuzusichern.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

ER.2025.012

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2025.013

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2025.014

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Die Einbürgerungen erfolgen mit Vorbehalt der Zustimmung des Grossen Rats des Kantons Aargau.

Traktandum 4

ER.2025.007

Jahresbericht 2024 und Jahresrechnung 2024 der Einwohnergemeinde Zofingen

Eintreten ist nicht bestritten.

André Kirchhofer, Präsident FGPK,

steht zum letzten Mal in dieser Funktion am Rednerpult. Er spricht seinen Dank aus für die Zusammenarbeit mit der Kommission, dem Einwohnerrat, dem Stadtrat und der Verwaltung. Als Präsident kommentiert er Rechnung und Budget aus persönlicher Sicht, hält sich dieses Jahr jedoch bewusst kürzer. Er erklärt seinen Rücktritt aus der Kommission, da künftige Exekutivmitglieder nicht kommentieren sollen, was ihre Nachfolgerinnen und Nachfolger beschlossen oder vorhaben.

Die FGPK prüft wie üblich die Ausgaben auf Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit. Finanzkompetenzen bleiben eingehalten. Der Stadtrat erhält ein einwandfreies Zeugnis. Auch die externe Revision durch Gruber Partner AG bestätigt die Ordnungsmässigkeit der Rechnung. Die Finanzlage zeigt sich gut und solide – dies hält auch der Stadtrat im Jahresbericht fest. Bei genauerer Betrachtung der Finanz- und Investitionspläne sowie des Revisionsberichts zeigen sich jedoch trübere Perspektiven. Das geplante Investitionsvolumen beläuft sich auf 100 Mio. Franken innerhalb von 10 Jahren, also jährlich 10 Mio. Franken. Die prognostizierte Selbstfinanzierung liegt bei knapp 6 Mio. Franken pro Jahr. Somit fehlen jährlich rund 5 Mio. Franken, was zu einer Verschuldung von etwa 50 Mio. Franken führen kann. Der aktuelle Zinssatz beträgt durchschnittlich 0,8 %, was bei 50 Mio. Franken Schulden zu einer jährlichen Belastung von 500'000 Franken führt. Steigende Zinsen könnten diesen Betrag weiter erhöhen. Es fehlt weiterhin eine klare Finanzstrategie seitens des Stadtrats – insbesondere hinsichtlich Investitionspriorisierung, möglicher Steuerfusserhöhungen oder der Entlastung der Erfolgsrechnung.

Die FGPK gestaltet den Prüfprozess neu: Statt mehreren Formularen kommt ein einziges, umfassendes Formular zum Einsatz. Der Fokus richtet sich stärker auf finanzpolitische Fragen. Geplant sind fünf Fragen pro Prüfteam, letztlich entstanden über 50, die vom Stadtrat und der Verwaltung sorgfältig beantwortet werden. Daraus ergeben sich rund 30 Empfehlungen im Follow-up des Prüfberichts, davon sieben neu. Drei zentrale Empfehlungen lauten:

- Klärung der Zukunft des Stadtsaals (seit 2017 offen)
- Vertiefte Analyse der Bauverwaltung (ebenfalls seit 2017 offen)
- Entwicklung einer Immobilienstrategie (neu ab 2023)

Er dankt der Verwaltung, dem Stadtrat, der FGPK, dem Aktuar und dem Finanzchef für die professionelle Zusammenarbeit. Er tritt als Präsident zurück und spricht künftig als einfaches Mitglied des Einwohnerrats. Die FGPK empfiehlt die Annahme der Jahresrechnung, des Jahresberichts und eines Postulats zur Abschreibung.

Marco Negri, Fraktionsvotum (SVP)

Die SVP-Fraktion beurteilt das Ergebnis 2024 als gut und solide. Die finanzielle Lage der Stadt Zofingen gilt derzeit als stabil, die Handlungsfähigkeit bleibt gemäss Stadtrat erhalten. Die Fraktion teilt die Einschätzungen des FGPK-Präsidiums, mahnt jedoch zur Vorsicht: Die Steuereinnahmen übertreffen zwar die Erwartungen leicht, gleichzeitig liegt die Selbstfinanzierung mit 8,85 Mio. Franken unter dem langjährigen Durchschnitt – der tiefste Wert seit fünf Jahren. Ein wesentlicher Grund dafür ist der gestiegene Nettoaufwand: Im Vergleich zum Vorjahr steigt dieser um 3,5 %, pro Einwohner sogar um 7,7 %, bereinigt um das Bevölkerungswachstum. Der Aufwand wächst somit schneller als der Ertrag, was langfristig zu einer strukturell negativen Entwicklung führt. Die finanzi-

elle Flexibilität der Stadt kann dadurch eingeschränkt werden. Die Fraktion betont, dass nun Ausgabendisziplin notwendig ist, um das weitere Aufwandswachstum zu bremsen und die Verschuldung infolge der hohen Investitionen in vertretbarem Rahmen zu halten. Für 2024 wird ein solides Ergebnis festgestellt, und notwendige Verbesserungen sind erkannt und benannt. Im Namen der SVP Zofingen-Mühlethal folgt ein Dank an die Mitarbeitenden der Einwohnergemeinde und des Seniorenzentrums für ihren grossen Einsatz. Auch die Mitglieder der FGPK erhalten Anerkennung für ihre sorgfältige Prüfung und den fundierten Bericht, der eine gute Grundlage für die parteiinterne Beurteilung bildet. Dem Stadtrat wird für die Zusammenarbeit gedankt – trotz politischer Differenzen im vergangenen Jahr. Die SVP-Fraktion stimmt sämtlichen stadträtlichen Anträgen zur Jahresrechnung und zum Jahresbericht einstimmig zu.

Carla Fumagalli, Fraktionsvotum (glp)

Die Fraktion betont die Rolle des Einwohnerrats als kritisches und gestalterisches Element im politischen System. Der Jahresbericht veranschaulicht die vielfältigen Diskussionen des vergangenen Jahres. Trotz Meinungsverschiedenheiten im Stadtrat und im Rat selbst sei die konstruktive Zusammenarbeit für Zofingen zentral. Wertschätzung gilt allen Beteiligten, die zur erfolgreichen Umsetzung oder Vorbereitung zahlreicher Projekte beitragen. Die Fraktion verzichtet auf eine detaillierte Analyse der Jahresrechnung, betont aber, dass der Nettoaufwand pro Einwohner künftig wieder sinken sollte. Zugleich wirft sie Fragen zur Personalpolitik auf, da zahlreiche Stellen unbesetzt bleiben. Extern eingekaufte Dienstleistungen könnten gezielt eingesetzt werden, bedeuteten jedoch höhere Kosten. Ziel bleibe es, Zofingen als attraktive Arbeitgeberin zu positionieren und Personalengpässe langfristig zu vermeiden. Positiv bewertet wird die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden, insbesondere im Bevölkerungsschutz und bei der Feuerwehr. Auch partizipative Ansätze – etwa Workshops, Informationsveranstaltungen und Mitwirkung bei komplexen Projekten – erhalten Anerkennung. Damit die Partizipation wirksam bleibt, brauche es jedoch klare Kriterien, wann sie angewendet werde, und welche Zielsetzung verfolgt werde. Ein zentrales Anliegen bildet der Altstadtprozess. Die Altstadt gilt als Herzstück Zofingens, stellt jedoch aufgrund teils gegensätzlicher Interessen eine Herausforderung dar. Dass nun eine Vision mit Leitgedanken vorliegt, wird begrüsst. Der nächste Schritt müsse nun die Entwicklung und Umsetzung einer klaren Strategie sein. Der neue Stadtrat wird dazu aufgerufen, mutige Entscheidungen zu treffen. Auch bei der Immobilienstrategie sieht die Fraktion ungenutztes Potenzial und wünscht sich mehr Information und Einbindung des Einwohnerrats. Ein weiterer Schwerpunkt bildet das Postulat zur Pflästerung und zum Ortsbild. Obwohl das ursprüngliche Postulat als erfüllt gilt, bleibt ein ergänzendes Postulat zu einem ganzheitlichen Konzept für die Strassenraumgestaltung offen. Dieses soll auch Aspekte wie Aufenthaltsqualität und Verkehrssicherheit umfassen. Die Fraktion stimmt sämtlichen Anträgen einstimmig zu.

Franziska Kremer, Fraktionsvotum (SP)

Die SP-Fraktion zeigt sich erfreut über die Jahresrechnung 2024 der Stadt Zofingen, die mit einem Gewinn von 5,01 Mio. Franken klar besser als budgetiert abschliesst. Der gesunde Finanzaushalt bildet eine stabile Grundlage für bevorstehende Investitionen. Das gute Ergebnis sei dem Engagement der Mitarbeitenden und des Stadtrats zu verdanken. Aufgaben und Projekte würden mit hoher Budgetdisziplin und Einsatz umgesetzt. Der Jahresbericht wird als lesenswert und unterhaltsam bewertet – insbesondere das Format "Unser Jahr in Zahlen". Trotz der positiven Ausgangslage betont die SP-Fraktion den Bedarf an zusätzlichen Instrumenten für mittelfristige Planungssicherheit. Sie fordert den Stadtrat erneut auf, die Immobilienstrategie zu erarbeiten, zu kommunizieren und als Entscheidungsgrundlage für Investitionen in Unterhalt und Werterhalt von Liegenschaften zu nutzen. Nur so könne transparent diskutiert und politisch priorisiert werden. Auch beim Altstadtprozess sei jetzt der Zeitpunkt, Visionen in konkrete, mutige und innovative Ideen zu überführen. Sanierungen und Unterhaltsprojekte – etwa in der Badi oder bei öffentlichen Anlagen – müssten geplant und mit

Weitsicht umgesetzt werden. Die SP betont, dass viele anstehende Investitionen Versäumnissen der Vergangenheit entspringen, legt den Fokus aber klar auf zukünftige Gestaltung und Verantwortung. Die Fraktion nimmt vom Jahresbericht Kenntnis und genehmigt die vorliegende Rechnung.

Stéphanie Szedlák, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Die Fraktion EVP-Die Mitte nimmt die Jahresrechnung 2024 mit Wohlwollen zur Kenntnis. Dass trotz des entfallenen Einmalertrags aus der geplanten Fusion der Energieversorger ein Ertragsüberschuss von rund 5 Mio. Franken erzielt wird, gilt als Zeichen einer verantwortungsvollen Haushaltsführung. Nach Bereinigung des Budgets zeigt sich das Ergebnis klar positiv. Hervorgehoben werden insbesondere die guten Steuererträge sowie das erfreuliche Resultat des Seniorenzentrums. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf rund 13,7 Mio. Franken und liegen damit deutlich unter dem Budget. Diese Entlastung der Finanzlage wirkt sich kurzfristig positiv aus, ändert jedoch nichts daran, dass mittelfristig eine klare Investitionspriorisierung und Mut zum Verzicht notwendig sind. Die Fraktion weist zudem darauf hin, dass Aufwand und Ertrag nicht im Gleichschritt verlaufen. Für die Zukunft wird mehr Budgetdisziplin, Augenmass und eine konsequente Ausgabenkontrolle gefordert. Abschliessend spricht sie dem Stadtrat, der Verwaltung und allen Beteiligten ihren Dank aus. Die Fraktion stimmt der Jahresrechnung 2024 einstimmig zu.

Claudia Schürch trifft ein. Neue Anzahl anwesende Mitglieder des Einwohnerrats: 36

Thomas Affentranger, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Fraktion der Grünen nimmt die Jahresrechnung 2024 erfreut und zustimmend zur Kenntnis. Das Ergebnis fällt deutlich besser aus als das bereinigte Budget, das vorgelegt war. Die Kennzahlen belegen eine solide finanzielle Ausgangslage Zofingens für kommende Projekte. Eine gewisse Eintrübung der Kennzahlen sei aufgrund der laufenden Hochinvestitionsphase nachvollziehbar und voraussehbar. Gefordert wird, dass Zofingen weiterhin gezielt und zukunftsorientiert in Lebensqualität und Standortattraktivität investiert. Eine kluge Priorisierung sowie ein gezielter Einsatz des Handlungsspielraums gelten als entscheidend. Mit den anstehenden Wohnungsbauprojekten bleibt Zofingen ein Wachstumsort. Die aufgegleisteten Projekte sollen mutig und konsequent umgesetzt werden. Investitionen in die Infrastruktur sollen strategisch erfolgen, um kostenintensive Zwischenlösungen, Leerläufe und Investitionsstaus zu vermeiden. Auch der Standort soll gestärkt werden – insbesondere durch gezielte Massnahmen zugunsten juristischer Personen. In einem laufenden Teilprojekt wird dieses Potenzial bereits thematisiert. Bezüglich der Personalsituation vertritt die Fraktion eine differenzierte Meinung: Unbesetzte Stellen führen vermehrt zu kostenintensiven Fremdleistungen. Diese böten zwar punktuell Qualität und Effizienz, seien aber nicht immer vorzuziehen gegenüber internem Know-how. Für das Engagement der Verwaltung und die verständliche Aufbereitung des Jahresberichts spricht die Fraktion ihren Dank aus. Sie stimmt der Jahresrechnung, dem Jahresbericht sowie der Abschreibung des Postulats zu.

Béatrice Zinniker, Fraktionsvotum (FDP)

Die Fraktion FDP-Zofingen macht's bedankt sich beim Stadtrat, dem Finanzressort und den Verwaltungsabteilungen für die sorgfältige und strukturierte Aufbereitung der Jahresrechnung und des Jahresberichts. Die vorliegenden Unterlagen erlauben eine transparente Auseinandersetzung mit der Finanzlage. Die Fraktion genehmigt sowohl den Jahresbericht als auch die Jahresrechnung. Das Ergebnis 2024 wird als solide bezeichnet – ähnlich wie bereits 2023. Es liegt über dem Budget, auch wenn man die Sonderdividende der StWZ herausrechnet. Ohne nennenswerte Sondereffekte ergibt sich ein Abschluss, der als Referenz für zukünftige Jahre dienen könnte. Wären ähnliche Ergebnisse auch künftig möglich, liessen sich die anstehenden Investitionen mit moderater Verschuldung reali-

sieren. Allerdings zeigen die Prognosen eine andere Richtung: Die Selbstfinanzierung wird als ungenügend eingeschätzt, Erträge und Kosten driften auseinander. Für die nächsten zehn Jahre sind hohe Investitionen geplant, insbesondere im Bildungsbereich – und auch darüber hinaus seien weitere Grossprojekte absehbar. Die Fraktion sieht Handlungsbedarf: Um dem absehbaren negativen Trend zu begegnen, sei eine kritische Überprüfung der Ausgaben erforderlich, denn auf die Erträge habe man wenig Einfluss sowie sind die Investitionen zu hinterfragen. Eine Finanzstrategie des Stadtrats sei dringend notwendig, um einen klaren Rahmen für das zukünftige Handeln zu schaffen. Auch das Parlament wird in die Verantwortung genommen: Der Einwohnerrat könne über den Budgetprozess, Kreditvorlagen und parlamentarische Vorstösse steuernd eingreifen. Es gelte, klar zu definieren, welche Aufgaben durch die öffentliche Hand übernommen werden sollen. Investitionen müssten nach Nutzen und Kosten geprüft werden – pragmatische Lösungen seien dabei ausdrücklich willkommen. Ziel sei es, die Investitionen mittelfristig aus eigener Kraft zu finanzieren und die Verschuldung in einem tragbaren Rahmen zu halten. Denn Schulden schränken den Handlungsspielraum ein, verursachen Zinskosten und müssen langfristig amortisiert werden.

Peter Siegrist, Stadtrat,

dankt für die anerkennenden Worte und betont, dass sich Stadtrat und Verwaltung der aktuellen Herausforderungen bewusst sind. Gleichzeitig verweist er auf die positiven Aspekte von Investitionen – insbesondere für die Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Investitionen in Bildung gelten als sinnvoll und stärken das wirtschaftliche Fundament Zofingens. Er äussert sich zur aktuellen Zinssituation und wagt einen Blick auf die geopolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Trotz unsicherer Lage sei an den Börsen noch wenig Bewegung festzustellen. Er rechnet damit, dass die Fremdzinsen stabil bleiben. Sollte die Inflation aufgrund steigender Erdölpreise zunehmen, könnte dies geldpolitische Gegenmassnahmen der Nationalbank nach sich ziehen – möglicherweise mit sinkenden Zinsen. Daraus ergibt sich aus seiner Sicht ein potenziell günstiges Umfeld für den anstehenden Schulraumbau.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin,

nimmt Bezug auf verschiedene Aspekte aus den vorherigen Voten und erläutert die Sichtweise des Stadtrats. Die Forderung nach einer Finanzstrategie ist nicht neu – entsprechende Grundsätze sind bereits im Legislaturprogramm 2022–2026 enthalten. Dazu zählen etwa der gesunde Finanzhaushalt und der Steuerfuss unter dem Kantonsmittel, an dem festgehalten wird. Eine detaillierte Strategie will der Stadtrat im laufenden Jahr gemeinsam mit dem Einwohnerrat erarbeiten oder zumindest zur Diskussion stellen. Die Herausforderungen der Zukunft verlangen ein kontinuierliches Abwägen zwischen dem Notwendigen, dem Wünschbaren und dem Machbaren – auch im Hinblick auf die Einnahmeseite. Standortattraktivität sei dabei ein zentrales Ziel, denn es gebe viele Zwischentöne zwischen "Schwarz und Weiss". Auch die Arbeitgeberattraktivität bleibt ein wichtiges Thema. In den letzten drei Jahren erarbeitet die Stadt zusammen mit der Personalabteilung und den Mitarbeitenden konkrete Massnahmen – oft mit wenig Kosten, aber spürbarer Wirkung. Der sich wandelnde Arbeitsmarkt verlangt jedoch konstante Weiterentwicklung. Partizipative Prozesse werden grundsätzlich positiv gewertet. Dennoch sei entscheidend, diese gezielt und projektbezogen einzusetzen, denn sie verursachen ebenfalls Kosten und benötigen klare Zielsetzungen. Zum Thema Immobilienstrategie erklärt der Stadtrat, dass daran intensiv gearbeitet werde – möglicherweise eher als Kombination mit objektbezogenen Strategien. Die relevanten Bereiche wie Bildung, Hochbau, Stadtentwicklung und Finanzen sind daran beteiligt. Die Stadt plant, die zentralen Eckpfeiler noch im laufenden Jahr vorzulegen. Der Stadtrat zeigt sich entschlossen, sorgfältig mit den finanziellen Mitteln umzugehen und gleichzeitig mutig und innovativ in die Zukunft zu investieren. Die Anliegen und Anregungen aus dem Einwohnerrat werden ernst genommen.



Detailberatung Jahresbericht (kapitelweise)

Das Wort wird nicht verlangt.

Detailberatung Jahresrechnung (kapitelweise)

Das Wort wird nicht verlangt.

Abstimmungen

1. *Der Jahresbericht der Einwohnergemeinde für das Jahr 2024 sei zu genehmigen.*

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

2. *Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde für das Jahr 2024 sei unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen.*

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

3. *Folgendes Postulat sei als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben:*

Postulat von Irma Jordi (Die Mitte) vom 13. September 2021 betreffend "Begehbare Altstadt für alle" (ER.2021.205.2 [GK 205 {2018-2021}])

Das Postulat wird einstimmig abgeschrieben.

Traktandum 5

ER.2025.015

Genereller Entwässerungsplan (GEP) 2025 – Verpflichtungskredit für Ertüchtigung Strassenentwässerung Brühlgässli/Brühlweg und Erstellung Versickerungsanlagen für einen Altstadtbrunnen

Eintreten ist nicht bestritten.

Hans Rudolf Sommer, Referent FGPK

Die FGPK hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 5. Juni 2025 eingehend geprüft. Sämtliche Fragen wurden überzeugend beantwortet. Die Investition zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung sei nachvollziehbar und gut begründet. Die Erneuerung der Strassenentwässerung am Brühlweg und Brühlgässli sei aufgrund des maroden Zustands zwingend nötig – aktuell versickere Abwasser vom Aussenplatz der Feuerwehr unkontrolliert, was den Trinkwasserschutz gefährde. Die Koordination mit weiteren Sanierungsmassnahmen sei besonders erfreulich, ebenso die zusätzliche Versickerungsanlage beim Brunnen vor der Alten Kaserne. Die FGPK empfiehlt einstimmig, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen und den Verpflichtungskredit von 445'913 Franken inkl. MwSt. zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung zu bewilligen.

Hans Rudolf Sommer, Fraktionsvotum (SP)

Die SP-Fraktion spricht ihren Dank für die sorgfältig ausgearbeitete Vorlage aus und unterstützt den Verpflichtungskredit zur Erneuerung der Strassenentwässerung sowie für die Versickerungsanlage beim Altstadtbrunnen. Den vorgeschlagenen Stadtbaum auf der entsiegelten Fläche neben dem Brunnen würde sie begrüssen und befürwortet einen entsprechenden Antrag.

Rainer Böni, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

Die FDP/ZM-Fraktion Zofingen unterstützt die Vorlage und erachtet sie als sinnvoll. Sie stellt positiv heraus, dass das Trinkwasser nicht unnötig in die Kanalisation geleitet wird und umgekehrt Abwasser dort, wo nötig, gezielt und korrekt entsorgt wird.

Michèle Graf, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Die Fraktion EVP-Die Mitte unterstützt das Geschäft klar und überzeugt. Die im Rahmen des GEP 2025 vorgesehenen Investitionen in die Entwässerungsinfrastruktur seien notwendig, sinnvoll und vorausschauend. Die Vorlage setze nicht nur auf kurzfristige Reparaturen, sondern auf nachhaltige Lösungen. Die Entflechtung von Fremd- und Mischwasser sei sowohl ökologisch als auch finanziell zentral – allein durch die Umstellung beim Brunnenwasser würden jährlich rund 44'000 m³ Fremdwasser aus dem Kanalisationssystem entlastet. Zudem verdeutliche das Geschäft, wie technische Infrastruktur und städtebauliche Entwicklung ineinandergreifen können. Die neue Versickerungsanlage schaffe Raum für eine städtebauliche Aufwertung, ohne das Budget zu überstrapazieren oder vom Kernauftrag abzulenken. Die Fraktion dankt dem Stadtrat für die sorgfältige Ausarbeitung und spricht sich klar für die Annahme der Vorlage aus.

Raphael Lerch, Fraktionsvotum (SVP)

Die SVP-Fraktion steht dem Projekt grundsätzlich positiv gegenüber. Sie begrüsst die Verbreiterung des Brühlwegs und Brühlgässlis, insbesondere mit Blick auf die Wintermonate, sowie die Ableitung des Abwassers der Feuerwehrautos in die Kanalisation – beides wird als sinnvoll erachtet. Auch die Versickerung des Brunnenwassers bei der Hinteren Hauptgasse wird unterstützt. Kritisch

sieht die Fraktion jedoch den Ersatz der traditionellen Pflasterung durch einen Mergelbelag – dieser sei weniger zweckmässig und passe nicht ins Stadtbild. Insgesamt wird dem Geschäft grossmehrheitlich zugestimmt.

Joël Brünisholz, Fraktionsvotum (Grüne),

erklärt im Namen der Grünen die Unterstützung für das gesamte Projekt. Angesichts der spürbaren Klimaveränderungen betont er die Verantwortung auf kommunaler Ebene, Massnahmen für eine klimaresiliente Stadt zu ergreifen. Die Fraktion beantragt daher, für 8'000 Franken einen zusätzlichen Baum ins Projekt aufzunehmen. Dies sei effizient und vorausschauend – gerade weil Klimaschutzmassnahmen künftig eher teurer würden. Wenn der Boden ohnehin geöffnet werde, sei dies der geeignete Moment, um klima- und stadtbildfördernde Elemente wie einen zusätzlichen Baum sinnvoll zu integrieren.

Robert Weishaupt, Stadtrat,

erläutert, dass mit dem Projekt Schwachstellen im Entwässerungssystem behoben, das Grundwasser geschützt und die Synergien am Brühlgässli genutzt werden. Die Kanalisation werde durch eine zusätzliche Versickerung am Brunnen weiter entlastet. Zudem sollen die Kurve bei der Hinteren Hauptgasse neugestaltet und so die Situation für Fussgänger/innen verbessert werden. Bezüglich Baumpflanzung zeigt sich der Stadtrat offen – der Tiefbau prüfe die Umsetzung. Ein Baum koste rund 2'000 Franken, eine runde Sitzbank analog Bahnhof etwa 12'000 Franken und eine einfache Bank mit Lehne zwischen 1'500 und 2'000 Franken. Diese Kosten müssten gegebenenfalls zusätzlich gesprochen werden. Der Stadtrat bedankt sich für die Unterstützung und betont die Bedeutung des Unterhalts als Beitrag zum Werterhalt.

Detailberatung

Michael Wacker, Einwohnerrat,

fragt, ob der Antrag der Grünen noch gestellt wird. Gemäss Reglement wird zwar schriftliche Antragseinreichung verlangt, in parlamentarischer Praxis jedoch üblich sei, dass ein Antrag mündlich vorgestellt und anschliessend schriftlich eingereicht werde. So wisse das Parlament, worüber es abstimmen soll.

Joël Brünisholz, Einwohnerrat,

entschuldigt sich für das Versäumnis, den Antrag vorgängig zu verlesen, und holt dies nach. Die Grünen stellen folgenden Antrag:

Zusatzantrag von Joël Brünisholz (Grüne-Fraktion)

Das Geschäft ER.2025.015, Genereller Entwässerungsplan (GEP) 2025 – Verpflichtungskredit für Ertüchtigung Strassenentwässerung Brühlgässli/Brühlweg und Erstellung Versickerungsanlagen für einen Altstadtbrunnen, sei zu Lasten der Einwohnergemeinde Zofingen um einen Baum samt Sitzbank beim Altstadtbrunnen an der Hinteren Hauptgasse zu ergänzen. Der Betrag von brutto CHF 8'000 (inkl. MWST), abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Bauteuerung (Kostenstand 2025), sei zu bewilligen.

Der Werkhof habe bestätigt, dass Baum und Bank je etwa 4'000 Franken kosten. Die Grünen sehen darin eine sinnvolle Ergänzung des Projekts im Sinne von Klimaresilienz und Aufenthaltsqualität.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

Antrag des Stadtrats

1. *Für die Umsetzung der GEP-Massnahmen 2025 sei zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Verpflichtungskredit von CHF 445'913 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.*

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Zusatzantrag der Grünen-Fraktion

2. *Das Geschäft ER.2025.015, Genereller Entwässerungsplan (GEP) 2025 – Verpflichtungskredit für Ertüchtigung Strassenentwässerung Brühlgässli/Brühlweg und Erstellung Versickerungsanlagen für einen Altstadtbrunnen, sei zu Lasten der Einwohnergemeinde Zofingen um einen Baum samt Sitzbank beim Altstadtbrunnen an der Hinteren Hauptgasse zu ergänzen. Der Betrag von brutto CHF 8'000 (inkl. MWST), abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Bauteuerung (Kostenstand 2025), sei zu bewilligen.*

Dem Antrag der Grünen-Fraktion wird mit 26:7 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Traktandum 6

ER.2025.016

Passerelle Henzmannstrasse und Verbindung Brühlweg – Verpflichtungskredit

Eintreten ist nicht bestritten.

Thomas Affentranger, Referent FGPK,

lobt die transparente Vorlage und betont den unbestrittenen Sanierungsbedarf. Er hebt hervor, dass Synergien mit einer bereits genehmigten Vorlage genutzt werden können und das Projekt einen zukunftsweisenden Beitrag zur Förderung des Fussverkehrs leistet. Das Wegnetz verbindet das Industriegebiet mit dem Bahnhof, dem westlichen Quartier, dem Entwicklungsgebiet mit Grossverteilern sowie regionalen Anschlüssen. Im Wiggertal wird das Nadelöhr für die Velovorzugsroute West beseitigt, verschiedene Verkehrsarten werden sicher und effizient entflechtet, was unter anderem die untere Brühlstrasse entlastet. Deshalb erfährt das Projekt breite Unterstützung – etwa durch Pro Velo sowie durch Industrie- und Gewerbebetriebe. Die Breite des Weges mit 5 Metern bzw. 4,2 Metern ist aus Sicherheitsgründen unbestritten, da sich dort Fussgänger, Velos mit Anhängern, Lastenräder, Scooter etc. begegnen. Die acht anwesenden Mitglieder der FGPK empfahlen einstimmig die Anträge des Stadtrats. Die Projektsanierung, Instandstellung und Verbreiterung des Brühlwegs sowie die Neugestaltung der Passerellen wurden einstimmig angenommen. Die Massnahmen am Martinsweg wurden von einer Minderheit bezüglich des Kosten-Nutzen-Verhältnisses hinterfragt. Ein Mitglied äussert Bedenken zur Henzmannstrasse, insbesondere zur befürchteten Verengung des Strassenraums. Die Stadt versichert jedoch, dass eine Begegnung von Bus und Personenwagen weiterhin möglich bleibt. Insgesamt empfiehlt die FGPK die Annahme der Anträge.

Thomas Affentranger, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Fraktion der Grünen unterstützt alle Anträge ebenfalls vorbehaltlos. Sie betont die Bedeutung der Massnahmen, insbesondere auch des Martinswegs. Die Verengung der Henzmannstrasse wird akzeptiert, da es sich um eine Strasse mit Busbetrieb in nur eine Richtung handelt und für den Schwerverkehr bereits eine Ausweichroute besteht. Die Grünen aus Zofingen sprechen sich geschlossen für die Anträge aus.

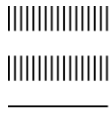
Zeno Schifferle, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte),

betont, dass die bestehende Passerelle das Ende ihrer Lebensdauer erreicht hat und ersetzt werden muss. Das neue Projekt verbessert die Sicherheit zwischen Fussgängern und Velofahrenden deutlich. Es schafft zudem eine attraktive Verbindung zur Arbeitszone sowie eine zukünftige, durchgehende Verbindung für Velofahrer. Die Fraktion EVP-Die Mitte sieht darin einen klaren Mehrwert für die Stadt und unterstützt die Anträge des Stadtrats.

Thomas Keller trifft ein. Neue Anzahl anwesende Mitglieder des Einwohnerrats: 37

Christian Schnider, Fraktionsvotum (glp),

erklärt, dass das Projekt in der glp-Fraktion breite Unterstützung findet und alle Anträge des Stadtrats mitgetragen werden. Besonders überzeugt zeigt sich die Fraktion von der geplanten Velovorzugsroute, da sie im Gegensatz zu punktuellen Massnahmen eine effektive Entflechtung des Verkehrs bewirkt und sowohl das Velofahren als auch den Fussverkehr sicherer und attraktiver macht. Aus Sicht der glp ist es entscheidend, dass diese Route künftig Richtung Süden – zum Ringier-Areal – weitergeführt wird. Auch im Entwicklungsschwerpunkt 16 zeigt sich laut Arbeitgebern ein klarer



Bedarf: Viele Arbeitspendler wollen auf den Langsam- oder kombinierten Verkehr umsteigen, benötigen dafür aber eine gute Anbindung an den Bahnhof. Dies würde auch die Strassen entlasten – insbesondere in Anbetracht der täglichen Staus auf der Autobahn. Drittens nennt er die Sicherheit: Der bestehende Weg ist zu schmal und weist mehrere Gefahrenstellen auf, unter anderem bei der Passerelle, dem Martinsweg und der SBB-Unterführung. Die geplante Verbreiterung schafft hier dringend benötigte Verbesserungen für Fuss- und Veloverkehr.

Daniela Nadler, Fraktionsvotum (SVP)

Die SVP-Fraktion dankt den Mitwirkenden für die detaillierte Ausarbeitung der Vorlage. Sie begrüsst den Ausbau des Brühlwegs als Teil der Velovorzugsroute West sowie die Sanierung und Verbreiterung der Passerelle der Verbindung Henzmannstrasse-Brühlweg. Es sei dringend nötig, diese für den Mischverkehr tauglich zu machen. Unklar bleibt jedoch der weitere Verlauf der Veloroute nach der Umsetzung der Florastrasse und im Kontext des Gestaltungsplans Cartub – insbesondere der Abschnitt bei Swissprinters. Kritisch betrachtet wird Antrag 2: Die Verengung der Henzmannstrasse und die Pflanzung von 10 grosskronigen Bäumen würden ein Sicherheitsrisiko darstellen, da der Veloverkehr in die Strasse einmünde. Die SVP stuft dies als "wünschbar", jedoch nicht als notwendig ein. Die blosse Instandsetzung des Martinswegs wird hingegen unterstützt. Die Fraktion weist zudem auf Folgekosten hin: Bei heissem Wetter sei während 3 Tagen eine Bewässerung von 300 bis 500 Litern pro Baum nötig. Diese Pflege beanspruche wöchentlich einen Arbeitstag eines Mitarbeitenden. Solche Folgekosten und Sicherheitsrisiken durch Laub würden bei Bepflanzungen häufig unterschätzt. Daher stellt die SVP den Antrag, beim Antrag 2, die 10'000 Franken für die Baumbepflanzung zu streichen. Die Sichtverhältnisse würden durch die Bäume verschlechtert, was die Verkehrssicherheit gefährde. Deshalb wird folgender Antrag gestellt:

Änderungsantrag von Daniela Nadler (SVP-Fraktion)

Der Kredit unter römisch VII, Antrag, 2., sei um CHF 10'000 für die Bepflanzung von Bäumen zu streichen.

Ronni Koechlin, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

Die FDP/ZM-Fraktion hat das Geschäft sorgfältig geprüft und unterstützt sämtliche Anträge – mit Ausnahme von Antrag 2. Aus Kostengründen und mangelnder Notwendigkeit lehnt sie die Verbreiterung des Wegs auf 3.5 Meter ab.

Yvonne Lehmann, Fraktionsvotum (SP)

Die SP-Fraktion unterstützt alle vier stadträtlichen Anträge. Passerelle, Martinsweg und Brühlweg bilden gemäss Vorlage eine zentrale Verbindung vom Bahnhof zur Industrie und sind zugleich die einzige Route für den Langsamverkehr vom Westquartier zu den Einkaufszentren von Coop und Migros. Dank dem nahegelegenen Velokeller an der Florastrasse sind Veloabstellplätze gesichert. Die SP sieht in der Begrünung der Böschung beim Martinsweg eine sinnvolle Abrundung des Gesamtprojekts – im Gegensatz zu den kritischen Stimmen anderer Fraktionen.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Der Stadtrat zeigt sich erfreut über die breite Unterstützung der Vorlage. Was zunächst wie ein Infrastrukturprojekt erscheint, sei in Wahrheit ein bedeutendes Element der Stadtentwicklung. Die bestehende Passerelle über die Henzmannstrasse sei überaltert und zu schmal – ihre Nutzung durch Fuss- und Veloverkehr habe deutlich zugenommen. Der Ersatzneubau sowie die Verbreiterung des Brühl- und Martinswegs schaffen eine sichere, direkte Verbindung vom Bahnhof in die Arbeitszone

und sind Teil der künftigen Velovorzugsroute Richtung Oftringen, Aarburg und Olten. Dank dem Entgegenkommen der Firma Siegfried kann zusätzlicher Raum geschaffen werden. Drei Hauptargumente sprechen laut Stadtrat für das Projekt: mehr Sicherheit und Komfort durch die neue, 5 m breite Passerelle; Standortförderung zugunsten von Firmen und Pendlern; und der Bundesbeitrag von 260'000 Franken, der nur bei Umsetzung gewährt wird. Der Martinsweg biete eine sichere Anbindung an das Swisssprinters-Areal und ermögliche dem Veloverkehr eine direktere und sicherere Route entlang der Henzmannstrasse. Ein zukünftiger Ausbau in Richtung Brittnau sei angedacht, jedoch abhängig von Verhandlungen mit der SBB. Auch die Problematik der Gleisübergänge und steckenbleibenden Pneus sei bekannt. Falls das Projekt nicht wie geplant umgesetzt werde, entstünden Mehrkosten von rund 250'000 Franken durch erforderliche Leitungsverlegungen. Der Stadtrat bittet daher um Zustimmung zu allen Krediten und empfiehlt, den Kürzungsantrag der SVP – insbesondere bezüglich der Baumsetzung – abzulehnen. Bäume bedeuteten zwar mehr Pflegeaufwand, seien jedoch langfristig wertvoll.

Detailberatung

Michael Wacker, Einwohnerrat

Zu IV, Projektbestandteile: Er stellt den Antrag der SVP in den historischen Kontext und unterstreicht die langfristige Bedeutung von Bäumen für das Stadtklima. Er verweist auf Beispiele wie die Platane auf dem Chorplatz oder die Linde auf dem Postplatz, die heute als geschätzte Schattenspender dienen. Diese frühen Pflanzungen hätten sich als weitsichtig erwiesen – ähnlich wie die Bäume rund um die Grabengärten, die nachweislich zur Kühlung beitragen. Ein Blick auf die Klimakarten von Zofingen zeige deutlich, dass die Henzmannstrasse heute bereits zu den heissesten Zonen der Stadt gehöre. Für 2035 sei sie als "dunkelrot" prognostiziert – also kaum mehr erträglich. Dies verdeutliche, wie dringend kühlende Massnahmen wie Baumpflanzungen seien. Der Unterhalt sei zwar eine Herausforderung, doch angesichts des Klimawandels und zum Wohl künftiger Generationen sei das Pflanzen von Bäumen unerlässlich. Er appelliert an die Verantwortung gegenüber der Nachwelt und fordert dazu auf, den Kürzungsantrag der SVP abzulehnen.

René Schindler, Einwohnerrat,

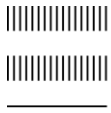
betont, dass die Fraktion nicht grundsätzlich gegen Bäume sei, jedoch am geplanten Standort erhebliche Bedenken habe. Die Henzmannstrasse sei eine wichtige Durchgangsstrasse, auf der auch Busse und grosse Fahrzeuge verkehren. Grosskronige Bäume würden dort Platz beanspruchen, die Sicht behindern und den Raum für andere Elemente wie Bänke einschränken. Die Strasse werde dadurch schmaler, was potenziell zu Problemen führe. Bäume seien sinnvoll – jedoch besser in privaten Gärten oder anderen geeigneten Bereichen. Er bittet daher, dem Antrag zur Streichung der Baumbepflanzung zuzustimmen.

Simon Anderegg, Einwohnerrat,

weist darauf hin, dass die geplanten Bäume zusätzlich zur ökologischen Funktion auch zur Stabilisierung der Böschung beitragen. Dieser Aspekt dürfe nicht ausser Acht gelassen werden.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin,

betont die Bedeutung der Bäume nicht nur für das Klima, sondern auch zur Stabilisierung der Böschung. Die Investition von 10'000 Franken entspreche lediglich 0,75 % des Gesamtbudgets von 1,3 Mio. Franken (exkl. Mehrwertsteuer) – ein verhältnismässig kleiner Beitrag. Der Sichtschutz sei allenfalls beim ersten Baum ein Thema, dort könne man gegebenenfalls noch Anpassungen prüfen. Bei den restlichen neun Bäumen bestehe kein Sichtbedürfnis. Sie befürwortet die Baumpflanzung sowie die geplante Verbreiterung des Martinswegs. Gerade für Situationen, in denen Fussgänger mit



Einkaufswagen unterwegs sind, sei mehr Platz entscheidend – insbesondere bei gleichzeitigem Verloverkehr. Da die Firma Siegfried bereit sei, Fläche zur Verfügung zu stellen, solle die Einwohnergemeinde dieses Angebot dankend annehmen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

1. *Für die Sanierung, Instandstellung und Verbreiterung des Brühlwegs sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 545'096 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung und abzüglich Beiträge Dritter, zu bewilligen.*

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

2. **Antrag Stadtrat**

Für die Sanierung, Instandstellung und Verbreiterung des Martinswegs sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 190'402 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung und abzüglich Beiträge Dritter, zu bewilligen.

Änderungsantrag der SVP-Fraktion

Der vorstehende Kredit des Stadtrats sei um CHF 10'000 für die Bepflanzung von Bäumen zu streichen.

Eventualabstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird dem Änderungsantrag der SVP-Fraktion gegenübergestellt:

Antrag Stadtrat: 28 Stimmen vs. Änderungsantrag SVP-Fraktion: 7 Stimmen

Der Antrag des Stadtrats obsiegt und kommt zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Für die Sanierung, Instandstellung und Verbreiterung des Martinswegs sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 190'402 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung und abzüglich Beiträge Dritter, zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 24:12 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

3. *Für die Sanierung und Instandstellung der Henzmannstrasse sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 208'343 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung und abzüglich Beiträge Dritter, zu bewilligen.*

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 36:1 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

4. *Für den Abbruch und die Neuerstellung der Passerelle über die Henzmannstrasse sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 500'491 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung und abzüglich Beiträge Dritter, zu bewilligen.*

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 7

ER.2025.018

Fernwärme Altstadt – Verpflichtungskredit für Bauprojekt Niklaus-Thut-Platz, Rathausgasse, Engelgasse

Eintreten ist nicht bestritten.

Michael Wacker, Referent FGPK,

berichtet, dass die FGPK das Geschäft am 5. Juni 2025 beraten hat. Dabei fällt auf, dass der Titel der Vorlage nicht ganz zutreffend ist – auf Seite 2 wird klar, dass es um Gassengestaltung und Entwässerung geht, nicht um finanzielle Anträge für ein Fernwärmeprojekt. Die Vorlage wird von allen Mitgliedern als umfassend und gelungen beurteilt. Im Vergleich zur Pfistergasse, wo es zwei Anläufe brauchte und kontroverse Diskussionen gab, verläuft die Beratung diesmal ruhig. Neu ist, dass mit der Vorlage auch die Fernwärmestrategie bis 2035 und darüber hinaus offengelegt wird. In der FGPK gibt es dazu einige Fragen, weniger zur Gassengestaltung. Drei Punkte stechen hervor:

1. Es besteht kein Anschlusszwang an die Fernwärme für anstossende Grundeigentümer.
2. Der Bauablauf soll Rücksicht auf Veranstaltungen wie das Kinderfest oder Weihnachtsmärkte nehmen.
3. Obwohl der Stadtrat das Thema Baumpflanzungen stets im Blick hat, sind im aktuellen Perimeter keine vorgesehen.

Die FGPK empfiehlt, Antrag 1 mit 8 zu 1 Stimmen und Antrag 2 einstimmig mit 9 zu 0 Stimmen anzunehmen.

Michael Wacker, Fraktionsvotum (SP)

Auch die SP unterstützt die Vorlage. Sie ergänzt, dass allfällige Anträge für Baumpflanzungen im Perimeter von ihrer Seite mitgetragen würden.

René Schindler, Fraktionsvotum (SVP)

Die SVP-Fraktion unterstützt die geplante Fernwärmeerschliessung der Altstadt. Sie sieht darin Vorteile wie Versorgungssicherheit, Werterhalt der Liegenschaften und eine langfristig stabile Lösung für Eigentümerinnen und Eigentümer. Entscheidend ist für sie eine kostenbewusste, effiziente Umsetzung ohne unnötige Verzögerungen. Bei der Pflasterung erwartet die SVP eine pragmatische Lösung: Der Altstadtcharakter soll erhalten bleiben, gleichzeitig müssen Kosten und technische Machbarkeit berücksichtigt werden. Eine barrierearme Gestaltung wird begrüsst, sofern sie realisierbar und finanziell vertretbar ist. Auch bei der Entwässerung fordert die Fraktion funktionale, robuste und wartungsarme Lösungen ohne übertriebene technische Konstruktionen oder teure Experimente. Die SVP stimmt dem Verpflichtungskredit zu und verlangt eine haushälterische Umsetzung mit Fokus auf das Wesentliche.

Carla Fumagalli, Fraktionsvotum (glp),

teilt die Einschätzung, dass der Titel der Vorlage irreführend ist, zeigt aber Verständnis dafür – das Thema Pflasterung sei vorbelastet. Eine Vermeidungstaktik wäre jedoch nicht nötig gewesen, da etwa die Engelgasse klaren Handlungsbedarf aufweise. Auf diese Gasse zielte wohl auch das Postulat von Irma Jordi ab. Die Fraktion stimmt beiden Anträgen zu, regt jedoch an, das Konzept in der Rathausgasse bis zum Schützentörli nochmals zu überdenken. Die aktuelle Lösung mit dem Gehbehindertenstreifen in der Mitte sei aus ihrer Sicht gefährlich. Anders als in der Pfistergasse sei hier

mit mehr Verkehr zu rechnen, trotz Geschwindigkeitsbegrenzung. Es bestehe die Gefahr von Konflikten zwischen Fussgängern und Autofahrern. Die Fraktion wünscht sich eine Überprüfung, ob es nicht eine bessere Lösung gibt.

Luc Zobrist, Fraktionsvotum (FDP/ZM),

hält fest, dass sich die FDP/ZM-Fraktion für die Vorlage ausspricht. Die Investition wird als sinnvoll und gut begründet erachtet. Da die wichtigsten Punkte bereits erwähnt wurden, verzichtet er auf weitere Ausführungen. Die Fraktion stimmt beiden Anträgen zu.

Claudia Schürch, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte),

erklärt, dass die Fraktion EVP-Die Mitte beide Anträge unterstützt. Die Pflasterung sei intensiv diskutiert worden, nun liege ein Konsens vor, der von allen mitgetragen werde, wie die Altstadt gepflastert werden soll, wenn sie abschnittsweise erneuert wird. Besonders in der Engelgasse bestehe dringender Handlungsbedarf für eine hindernisfreie Pflasterung – das sei unbestritten. Offen bleibt für die Fraktion eine Frage an das Ressort Tiefbau: Warum der bestehende Brunnen in der Engelgasse im Rahmen dieses Geschäfts nicht gleich in die Entwässerung integriert wird. Hier sieht die Fraktion mögliche Synergien und wünscht eine entsprechenden Antwort.

Jürg Kast, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Grünen unterstützen beide Anträge vollumfänglich und halten die geplanten Massnahmen für sinnvoll. Er greift die Ausführungen von Michael Wacker auf und betont, dass auch seine Fraktion über zusätzliche Begrünung nachgedacht hat. Der Platz vor dem Rathaus wird als geeigneter Standort für eine Baumpflanzung genannt – analog dem bereits gestellten Antrag von Joël Brünsholz. Ein Baum an diesem Ort würde das Stadtbild aufwerten, etwa bei Hochzeiten, und gleichzeitig der älteren Bevölkerung zugutekommen, wenn dort auch Sitzgelegenheiten geschaffen würden. In diesem Bereich sei bisher wenig unternommen worden. Neben sozialen Aspekten verweist die Fraktion auch auf klimatische Gründe, die für eine Begrünung sprechen. Die Grünen kündigen deshalb einen Antrag an, der wie folgt lautet:

Änderungsantrag von Joël Brünsholz (Grüne-Fraktion)

Das Geschäft ER.2025.018, Fernwärme Altstadt - Verpflichtungskredit für Bauprojekt, Niklaus-Thut-Platz, Rathausgasse, Engelgasse, sei um CHF 8'000 für einen Baum samt Sitzbank auf dem Vorplatz des Rathauses zu erhöhen. Der Verpflichtungskredit von neu brutto CHF 813'000 inkl. Mehrwertsteuer, abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Bauteuerung (Kostenstand April 2025), zu bewilligen.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Der Stadtrat bedankt sich für die positive Aufnahme der Vorlage im Wohnerrat. Der Kredit betrifft die städtische Begleitplanung zur Fernwärmeerschliessung der Altstadt, insbesondere die Sanierung und Aufwertung der Gassen. Ziel ist die Weiterführung des bestehenden Gassenkonzepts Version 2. Stolperfallen werden entfernt, die Zugänglichkeit verbessert und das Behindertengleichstellungsgesetz im minimal notwendigen Rahmen berücksichtigt. Beim Thut-Platz erfolgt eine Verschiebung des behindertengerechten Streifens näher zu den Fassaden, ohne die bestehenden Konzessionsflächen zu berühren. Die Veloabstellanlage beim Rathaus wird neu angeordnet, damit sie bei Veranstaltungen wie dem Bio Marché demontierbar ist. Beim Stadteingang soll die Stadtmauer visualisiert werden, analog beim Pulverturm. Die betroffenen Anwohnenden und Gewerbebetriebe werden frühzeitig informiert. Das Verkehrs- und Parkierungsregime bleibt unverändert. Zwei Liegenschaften am Thut-Platz möchten sich dieses Jahr noch an die Fernwärme anschliessen, die StWZ übernimmt die

Vorleistung. Auch in der Schafgasse plant eine Liegenschaft den Anschluss. Die Stadt beteiligt sich nur finanziell an den Grabenarbeiten. Der Brunnen in der Engulgasse soll mit dem GEP 2026 versickerungstechnisch integriert werden. Ein zusätzlicher Baum beim Rathaus wäre technisch möglich, müsste aber mit der Denkmalpflege und der Altstadtkommission abgestimmt werden. Die Kosten für Baum und Sitzgelegenheit liegen je nach Ausführung bei zwei- bis zwölftausend Franken. Die Vorlage ist laut Stadtrat sorgfältig abgestimmt und trägt zur hindernisfreien Altstadtgestaltung bei.

Claudia Schürch, Einwohnerrätin,

bringt ihre Unklarheit darüber zum Ausdruck, weshalb keine Synergien mit dem laufenden Projekt genutzt werden, wenn ohnehin eine Versickerungsanlage geplant ist. Aus ihrer Sicht wäre eine gleichzeitige Umsetzung sinnvoll.

Robert Weishaupt, Stadtrat,

erklärt, dass die Bauarbeiten im Jahr 2026 geplant sind und es deshalb genügt, den entsprechenden Kredit ebenfalls erst im Jahr 2026 zu beantragen.

Detailberatung

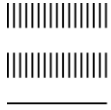
Daniela Nadler, Einwohnerrätin,

zu V, 2. Neugestaltung und Typisierung der Gassen: In der Vorlage wird ausgeführt, dass im Rahmen der Gassensanierung eine mögliche Baumbepflanzung geprüft und eine Entsiegelung der Verkehrsfläche geprüft wird. In der Kommission hat sie nachgefragt, ob eine ökologische Aufwertung überhaupt möglich ist. Laut Stadtrat Robert Weishaupt sei dies jedoch mit erheblichem Aufwand und Abstimmungen mit der Denkmalpflege verbunden. Sie ist gegen Antrag, da ein Baum innerhalb des Marktperimeters den Ablauf der verschiedenen Märkte stören würde. Zudem wirft sie eine Zusatzfrage zur Kostenunterschiedlichkeit auf: Während städtische Bäume mit zwei- bis dreitausend Franken veranschlagt sind, kostet ein Baum an der Henzmannstrasse angeblich nur eintausend Franken.

Robert Weishaupt, Stadtrat,

erklärt, dass die unterschiedlichen Baumkosten auf den Leistungsumfang zurückzuführen sind. An der Henzmannstrasse sei der Baum im Zusammenhang mit Bauarbeiten zu betrachten, während in der Stadt nur der Baum selbst gerechnet werde. Ein direkter Vergleich sei daher nicht möglich.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.



Abstimmungen

1. Antrag Stadtrat

Für die Sanierung und Aufwertung des Abschnitts der Altstadt – Niklaus-Thut-Platz, Rathausgasse, Engulgasse – sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 805'000 inkl. Mehrwertsteuer, abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Bauteuerung (Kostenstand April 2025), zu bewilligen.

Änderungsantrag der Grünen-Fraktion

Das Geschäft ER.2025.018, Fernwärme Altstadt – Verpflichtungskredit für Bauprojekt, Niklaus-Thut-Platz, Rathausgasse, Engulgasse, sei um CHF 8'000 für einen Baum samt Sitzbank auf dem Vorplatz des Rathauses zu erhöhen. Der Verpflichtungskredit von neu brutto CHF 813'000 inkl. Mehrwertsteuer, abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Bauteuerung (Kostenstand April 2025), zu bewilligen.

Eventualabstimmungen

Der Antrag des Stadtrats wird dem Änderungsantrag der Grünen gegenübergestellt:

Antrag Stadtrat: 22 Stimmen vs. Änderungsantrag Grüne-Fraktion: 15 Stimmen

Der Antrag des Stadtrats obsiegt und kommt zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Für die Sanierung und Aufwertung des Abschnitts der Altstadt – Niklaus-Thut-Platz, Rathausgasse, Engulgasse – sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 805'000 inkl. Mehrwertsteuer, abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Bauteuerung (Kostenstand April 2025), zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Michael Wacker, Einwohnerrat,

greift das Votum von Claudia Schürch erneut auf und bekräftigt dessen Sinnhaftigkeit. Die Errichtung einer Versickerungsanlage sei offenbar bereits im GEP vorgesehen gewesen. Er stellt die konkrete Frage, ob für eine solche Anlage ein Baugesuch erforderlich sei, da je nach Antwort ein Antrag folgen könnte.

Robert Weishaupt, Stadtrat,

erklärt, dass bisher für Versickerungsanlagen keine Baubewilligung erforderlich gewesen sei.

2. *Für die Entwässerung sowie das Anpassen und Erstellen der Schächte des Abschnitts der Altstadt – Niklaus-Thut-Platz, Rathausgasse, Engulgasse – sei zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Verpflichtungskredit von CHF 150'000, inkl. Mehrwertsteuer, abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Bauteuerung (Kostenstand April 2025), zu bewilligen.*

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 8

ER.2024.015

Postulat von Karin Burkard (Grüne) vom 18. März 2024 betreffend "Sichere Schulwege - Verkehr rund um die Altstadt und um die Schulanlagen"; Haltung Stadtrat

Karin Burkard, Einwohnerrätin (Postulantin),

bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung des Postulats und freut sich über den Antrag auf Überweisung. Sie betont die Bedeutung der Verkehrssicherheit rund um das neue OSZ und die Altstadt und weist darauf hin, dass Verkehrsplanung ein dauerhaftes Thema in Zofingen bleiben werde. Die Informationsveranstaltung zum regionalen Entwicklungskonzept sei eine gute Gelegenheit, das Thema Verkehrssicherheit breit vorzustellen. Ein partizipativer Ansatz sei geplant und eine klare Grundhaltung müsse kommuniziert werden, im Sinne der Mobilitätsstrategie 2016 des Kantons Aargau. Die zunehmende Verkehrsbelastung verlange nach proaktivem Verkehrsmanagement und Förderung des Langsamverkehrs. Zofingen wolle als Wohn- und Arbeitsort attraktiv bleiben. Im Entwicklungsgebiet um das OSZ müssten dringlich Verkehrsentscheide getroffen und die Mobilitätsstrategie der Stadt sichtbar gemacht werden. Sie verweist auf geplante Massnahmen wie den Veloweg beim Swissprinters-Areal. Tempo 30 auf kantonalen Strassen wie der Rosengartenstrasse sei derzeit nicht bewilligungsfähig, dennoch solle der Stadtrat konkrete Massnahmen für die Verkehrssicherheit rund um Schulhäuser und Altstadt prüfen. Die Überweisung des Postulats sende ein Signal an den Kanton, dass Zofingen sichere Verkehrswege und den Langsamverkehr stärken wolle – besonders im Interesse der Schülerinnen und Schüler.

Robert Weishaupt, Stadtrat,

dankt für das Engagement zugunsten sicherer Schulwege und bekräftigt, dass der Stadtrat das Postulat klar unterstützt. Bereits seit längerer Zeit setzt sich die Stadt für Verkehrsberuhigung, den Abbau gefährlicher Stellen und eine bessere Koexistenz zwischen allen Verkehrsteilnehmenden ein. Dazu zählen sichere Querungen und begleitende Massnahmen bei Baustellen. Besondere Herausforderungen bestehen auf den Kantonsstrassen: Tempo 30 oder bauliche Anpassungen sind nur mit Zustimmung des Kantons möglich. Eine nationale Motion verbietet Temporeduktionen auf verkehrsorientierten Strassen, und der Grosse Rat hat zudem beschlossen, dass für die Einführung von Tempo 30 in Gemeinden eine Volksabstimmung oder die Zustimmung des Einwohnerrats notwendig sei. Diese Rahmenbedingungen erschweren das Vorgehen erheblich. Trotzdem bleibt der Stadtrat aktiv und nutzt halbjährliche Vor-Ort-Austausche sowie weitere Dialoge mit dem Kanton. Das Postulat setzt gute Impulse und zeigt, wie wichtig das Thema als Daueraufgabe ist. Das Postulat unterstützt die Verhandlungsposition der Stadt. Der Stadtrat ist daher bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Rahel Gassner, Einwohnerrätin,

erklärt im Namen der SVP-Fraktion die Ablehnung der Überweisung des Postulats. Zwar werde das Anliegen der Schulwegsicherheit anerkannt, doch zeige sich das Problem vor allem beim Schulbeginn und -ende, wenn das Verhalten der Schülerinnen und Schüler zu unübersichtlichen Situationen führe. In diesen Momenten würden Autofahrende ohnehin das Tempo reduzieren, wodurch sich die Gefährdung automatisch minimiere. Bereits umgesetzte Massnahmen wie Tempo-30-Zonen, Mehrzweckstreifen und sichere Querungen hätten sich bewährt. Weitere Eingriffe auf Vorrat seien unverhältnismässig, besonders da es sich um Kantonsstrassen handle und der Kanton bisher wenig Bereitschaft zur Temporeduktion gezeigt habe. Zudem werde die Situation nach Fertigstellung des Oberstufenzentrums sowieso überprüft. Die SVP-Fraktion betont die Eigenverantwortung der Ju-

gendlichen im Strassenverkehr. Eine übermässige Regulierung führe aus ihrer Sicht zu einer Entmündigung. Da der Stadtrat Verkehrssicherheit bereits als Daueraufgabe anerkenne, sei das Anliegen ausreichend berücksichtigt. Zusätzliche Aufträge würden lediglich bürokratischen Mehraufwand verursachen, ohne relevante Sicherheitsgewinne. Deshalb lehnt die Fraktion die Überweisung ab.

Claudia Schürch, Einwohnerrätin,

erklärt im Namen der Fraktion EVP-Die Mitte, dass sie den Anliegen des Postulats grundsätzlich positiv gegenübersteht. Aus Sicht der Fraktion sei jedoch nicht ersichtlich, welchen konkreten Mehrwert eine Überweisung mitsamt Berichterstattung bringe. Die notwendigen Massnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit seien bereits in Umsetzung, weshalb es zielführender sei, die Energie direkt in diese Arbeit zu investieren statt in politische Vorstösse zu laufenden Projekten. Die Fraktion spricht sich deshalb gegen eine Überweisung des Postulats aus.

Michael Wacker, Einwohnerrat,

richtet sich insbesondere an die EVP-Die Mitte und verweist auf ein Beispiel aus dem Alltag: Auf einer Kantonsstrasse im Boowald werde für Rehe mit Tempo 40 gewarnt – aus seiner Sicht ein Vergleich zur Schulwegsicherheit. Das Postulat verstehe sich auch als Signal an den Kanton. Wer sage, Schulwegsicherheit sei wichtig, aber keine "Papiertiger" wolle, müsse erkennen, dass genau eine solche Überweisung die Forderung nach Schulwegsicherheit sichtbar mache – etwa auch für Tempo 30 zu Schulbeginn und -ende auf Kantonsstrassen. Wenn man jetzt kein Zeichen setze, dürfe man sich nicht wundern, wenn der Kanton weiterhin an Tempo 50 festhalte. Abschliessend stellt er pointiert fest, dass offenbar die Lobby der Jäger grösser sei als jene für Schulwegsicherheit.

Joël Brünisholz, Einwohnerrat,

betont, dass freiwillige Massnahmen empirisch erwiesenermassen kaum wirksam seien. Wenn Sicherheit wichtig sei und man dem Kanton ein klares Zeichen senden wolle, müsse man aktiv handeln. Er erinnert daran, dass auch die SVP bei den Bäumen an der Henzmannstrasse auf Sicherheit pochte. Umso wichtiger sei es, gerade in einem Gebiet mit vielen Kindern, das Postulat zur Schulwegsicherheit zu unterstützen.

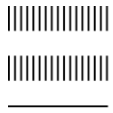
Karin Burkard, Einwohnerrätin (Postulantin),

erinnert daran, dass das Oberstufenzentrum der Auslöser für das Postulat war – aufgrund der steigenden Schülerzahlen. Obwohl hauptsächlich Oberstufenschüler betroffen sind, nutzen auch die jüngeren Kinder denselben Schulweg und begegnen dort den Älteren. Sie betont, dass jüngere Kinder gefährliche Situationen womöglich weniger gut einschätzen können und daher besonders geschützt werden müssten.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin,

hebt hervor, dass die Überweisung des Postulats dem Stadtrat ein konkretes Instrument für Gespräche mit dem Kanton geben würde. Die zwei jährlichen Austausche seien eher unverbindlich, ein übernommenes Postulat hingegen ein klares Signal und Verhandlungsgrundlage. Sie spricht sich deshalb für die Überweisung aus.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.



Abstimmung

Das Postulat sei an den Stadtrat zu überweisen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 24:13 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Traktandum 9

ER.2024.016

Postulat von Michael Wacker (SP) vom 18. März 2024 betreffend "Umgebungsgestaltung des Oberstufenzentrums OSZ A"; Haltung Stadtrat

Michael Wacker, Einwohnerrat (Postulant)

Das Postulat verfolgt zwei Ziele: die angemessene Umgebungsgestaltung des Schulhauses und die Öffnung des Bachs im betroffenen Bereich. Die Schulraumplanung gestaltet sich komplex, da etwa die Entwicklung im OSZ B noch unklar ist. Das Postulat fordert einen partizipativen, pädagogischen Planungsprozess, bei dem funktionale Fragestellungen frühzeitig geklärt und die Beteiligung der künftigen Nutzenden – Kinder, Jugendliche, Schulleitungen und Lehrpersonen – sowie ein unterstützendes Projektmanagement zentral sind. Der Stadtrat greift diese Aspekte in seiner Antwort nicht auf und präsentiert stattdessen einen veralteten Umgebungsplan vom Dezember 2022, obwohl das Postulat vom 18. März 2024 stammt. Bezüglich der Bachöffnung widerspricht die Haltung des Stadtrats den Fakten: Entgegen seiner Aussage fällt der Bach durchaus in die ökologische Ausgleichsfläche und somit in den Projektperimeter. Zwar sei nachvollziehbar, dass an besagtem Ort aus Platz- und Abstandsgründen eine Öffnung nicht möglich sei, doch das Postulat sei eine Anregung, keine bindende Forderung. Die bislang skizzierte Planung mit marginaler Mitwirkung erscheine unzureichend, weshalb an der Forderung festgehalten wird.

Andreas Rügger, Vizestadtpräsident

Der Stadtrat sieht das Postulat als bereits umfassend beantwortet. Ein partizipativer Prozess habe stattgefunden, bei dem Schüler, Lehrpersonen – insbesondere Sportlehrkräfte – sowie ein Landschaftsplaner involviert gewesen seien. Die Ergebnisse eines Workshops würden in drei bis vier Wochen ausgewertet und in die weitere Planung aufgenommen. Da sich die Umgebungsgestaltung in einer späteren Planungsphase befinde, bestehe aktuell noch Spielraum zur Mitwirkung. Bezüglich der Bachöffnung hält der Stadtrat fest, dass diese nicht in den Projektperimeter gehört. Das Bauvorhaben sei so konzipiert worden, dass die Wiesen unberührt bleiben und dadurch keine baurechtliche Pflicht zur Bachöffnung entstehe. Eine Prüfung habe gezeigt, dass der Bach tief unter dem Turnwiesenareal verlaufe, was technische Herausforderungen mit sich bringe. Zudem würde eine Öffnung die Sportfläche weiter verkleinern – bei bereits drei entfallenen Aussenplätzen ein nicht vertretbarer Verlust. Daher empfiehlt der Stadtrat, das Postulat nicht zu überweisen.

Maik Müller, Einwohnerrat

Die Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats und spricht sich gegen die Überweisung des Postulats aus. Die Umgebungsgestaltung ist bereits in Planung, unter Einbezug der künftigen Nutzerinnen und Nutzer sowie mit ökologischen Aufwertungen – etwa entlang der Rehbergstrasse oder durch einen Grüngürtel ums Schulgebäude. Die geforderte Öffnung des Haldenbächlis – beziehungsweise des Kirchmoosbachs – wird kritisch bewertet. Sie würde hohe Kosten verursachen, einen neuen Planungskredit erfordern und die dringend benötigte Sportfläche verkleinern. Angesichts steigender Schülerzahlen wird das Gelände künftig noch stärker genutzt, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem geplanten OSZ B. Zudem würde eine Bachöffnung die Hochwassergefahr näher ans Siedlungsgebiet rücken. Deshalb sei eine sorgfältige Abwägung zwischen ökologischen und funktionalen Bedürfnissen entscheidend – zugunsten der Schule und ihres Betriebs, sodass die geplanten Massnahmen ohne zusätzliche Anregungen umgesetzt werden sollen.

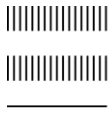
Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Das Postulat sei nicht an den Stadtrat zu überweisen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 24:13 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Die Vorstösse sind auf www.zofingen.ch/einwohnerrat einsehbar.



Traktandum 10 – Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Yolanda Senn Ammann verlässt den Saal. Neue Anzahl anwesende Mitglieder des Einwohnerrats: 36

Rainer Böni, Einwohnerrat,

stellt fest, dass gemäss öffentlich zugänglichen Informationen derzeit 25 Vorstösse in unterschiedlichen Bearbeitungsständen offen sind. Er äussert Zweifel daran, wie ernst solche Anliegen genommen werden – insbesondere, da sich Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte dafür engagieren, sie einzureichen. Angesichts der verbleibenden Dauer der Legislaturperiode, die zwar nicht mehr lang, aber ausreichend sei, fragt er sich, ob diese Vorstösse noch geordnet abgearbeitet werden.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Bezüglich offener Vorstösse verweist sie auf bereits behandelte Vorstösse in den Sitzungen im Mai und Juni, darunter auch ältere Anliegen. Weitere Vorstösse seien für September und Oktober geplant, um möglichst wenige offene Geschäfte in die neue Legislatur zu überführen.

Anders Sjöberg, Einwohnerrat

Gibt es konkrete Massnahmenpläne zur Beschattung oder Gestaltung des Bahnhofsplatzes?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Bezüglich Bahnhofplatz läuft ein Austausch mit der SBB in der zweiten Jahreshälfte 2025 vorgesehen, da der grösste Teil des Areals ihr gehört. Die Verantwortung liegt daher teilweise bei ihr. Es ist dann auch geplant, über den Vorstoss von Gian Guyer zu berichten.

Thomas Affentranger, Einwohnerrat,

weist darauf hin, dass der Spittelhof in der letzten Sitzung eine Tischaufgabe präsentierte, wonach Geld für einen Zaun zur Hauptstrasse gesammelt werde. Ziel sei es, die Sicherheit der Kinder zu erhöhen – insbesondere jener, die in der Tagesstruktur betreut werden. Er stellt infrage, weshalb eine öffentliche Institution selbst finanzielle Mittel für sicherheitsrelevante Massnahmen aufbringen müsse.

Andreas Rüeegger, Vizestadtpräsident

Die Tischaufgabe im Spittelhof betrifft einen privaten Verein, der von der Stadt unterstützt wird und eine freizeitgestaltende, quasi öffentliche Aufgabe übernimmt. Der Verein stellte einen Antrag auf einen Zaun. In Absprache mit den schulischen Tagesstrukturen, welche die Anlage ebenfalls nutzen, wurde festgestellt, dass aus Sicht der Stadt lediglich ein kleiner Zaun mit zwei bis drei Litzen erforderlich wäre. Da der Verein jedoch eine stabilere Ausführung wünschte, übernimmt die Stadt die Grundkosten für einen Zaun mit Pfosten und Litzen, während der Verein die Mehrkosten aus eigenen Mitteln trägt.

Michael Wacker, Einwohnerrat,

erinnert daran, dass vor 19 Jahren und 4 Tagen der Einwohnerrat ein Postulat zur Umnutzung der Abdankungshalle überwiesen hatte. Inzwischen sei sie umgenutzt. Die Halle sei leergeräumt, die Bänke eingelagert und eine Nutzung im Gange. Er fragt, ob es nun möglich sei, die Bänke draussen zu belassen und das Postulat endlich umzusetzen.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Zur Abdankungshalle erklärt sie, dass eine befristete Bewilligung für eine Zwischennutzung bis Ende Jahr vorliege. Über eine dauerhafte Nutzung werde in der neuen Legislatur entschieden. Das entsprechende Postulat werde in die Berichterstattung einfließen.

Hans Rudolf Sommer, Einwohnerrat,

äussert Kritik an der Platzierung des Standes des Integrationsnetzes am Flüchtlingstag vom 14. Juni 2025. Während der Vereinsmarkt in der Altstadt grossen Zulauf hatte, sei der Stand auf dem heissen Bahnhofplatz isoliert geblieben, was zu geringer Besucherzahl führte. Er fragt, ob dem Stadtrat diese Situation bekannt sei und welche Konsequenzen daraus gezogen würden.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin,

bestätigt, dass dem Stadtrat die unglückliche Platzierung des Standes des Integrationsnetzes am Flüchtlingstag bekannt sei. Die Entscheidung sei in Absprache mit der Fachstelle Integration erfolgt, da am Vereinsmarkt keine Verkaufsstände erlaubt gewesen seien, beim Flüchtlingstag hingegen schon. Künftig werde der Stadtrat steuernd eingreifen, um solche Situationen zu vermeiden.

Hans Rudolf Sommer, Einwohnerrat

Zudem weist er auf die dringende Sanierung der Badi Zofingen hin, die zuletzt 1982 erneuert wurde. Obwohl die Anlage ein zentraler Treffpunkt im Sommer sei, wurde die Sanierung im Investitionsplan auf 2029 bis 2034 verschoben. Er erkundigt sich, ob eine weitere Verschiebung über 2034 hinaus geplant sei.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Die Badesanierung ist für 2030 und 2031 geplant. Jährlich werden rund 80'000 bis 100'000 Franken in die Infrastruktur der Badeanlage investiert. Ziel ist, den Badebetrieb durch vorausschauende, pragmatische Instandhaltung stets sicherzustellen – defekte Elemente werden jeweils vor Beginn der Saison ersetzt.

Thomas Keller, Einwohnerrat,

verweist auf die heutige Spendierlaune des Einwohnerrats und fragt, ob der Stadtrat bereits Überlegungen angestellt oder Massnahmen ergriffen habe, um eine Spende zugunsten der vom Bergsturz betroffenen Bevölkerung im Lötschental zu leisten.

Christiane Guyer, Stadtrat

Zur Frage einer Spende an die Gemeinde Blatten erklärt sie, dass der Stadtrat die Situation beobachte und derzeit noch keine definitive Entscheidung über eine konkrete Beitragshöhe getroffen habe. Eine Einschätzung solle gegen Winter erfolgen.

Raphael Lerch, Einwohnerrat,

verweist auf die Diskussion zur Schulwegsicherung und stellt die Frage nach der Sicherheit in der Altstadt. Er schildert die Situation, in der Velofahrer in Gruppen von der Bez herabfahren, während Passantinnen und Passanten die Strasse überqueren möchten. Dabei fragt er, wer in solchen Fällen für den Schutz gegenüber Fussgängerinnen und Fussgängern verantwortlich ist.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Im Zusammenhang mit der Koexistenz im Strassenverkehr und dem Schutz vor Konflikten mit Velofahrenden ist ein Präventionstag geplant. Dabei soll beobachtet werden, wo potenzielle Gefahren bestehen. Ziel ist es, bei akuten Problemen gemeinsam mit den Beteiligten Lösungen zu finden, um das Miteinander der verschiedenen Verkehrsteilnehmenden zu verbessern.

Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident

Der Einwohnerratspräsident bedankt sich für die engagierte Debatte, weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 15. September 2025 hin und schliesst die Sitzung um 21:21 Uhr.

Zofingen, 8. Juli 2025

EINWOHNERRAT ZOFINGEN



Matthias Hostettler
Einwohnerratspräsident



Patrick Siegrist
Einwohnerratssekretär